

Protokoll Frühjahrsratschlag 2014

Podiumsgespräch

Ein solidarisches Europa ist nötig - oder: Wer die Macht hat, hat noch lange nicht das Recht

Boniface Mabanza, Heidelberg, ist Literaturwissenschaftler, Philosoph und Theologe und stammt aus Kimbongo in der DR Kongo. Er arbeitet seit 2008 bei der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg.

Elena Chatzimichali ist eine der KoordinatorInnen von Solidarity4all in Griechenland und Mitglied von Syriza.

Mag Wompel, Bochum, ist Journalistin und betreibt mit zwei Mitstreitern das Internetportal LabourNet.de, das mit Blick auf die Arbeitswelt gesellschaftliche Veränderungen durch Gegeninformation und eigene Aktionen fördern will.

Im Gespräch mit den dreien gingen wir der Frage nach, welche Akteure in Südeuropa, im globalen Süden und in der EU mit welchen Interessen die Strippen ziehen und mit welchen Strategien die Zivilgesellschaft gegen eine Politik vorgeht, die Verarmung, ökologische Zerstörungen, Negierung demokratischer Grundsätze und Krieg bedeutet.

Moderation: Karsten Peters, Kerstin Sack

Boniface:

- kritisierte, dass die Mobilisierung in Europa gegen bilaterale Wirtschaftsabkommen, wie die EPA (Economic Partnership Agreements), schwer war, bis TTIP kam, weil nun die Europäer selbst bedroht sind
 - dies ist im Hinblick auf die solidarische Haltung ein fatales Signal
- die EU wird in Afrika nach wie vor als imperiale Macht begriffen
 - alte Beziehungen aus der Kolonialzeit sollen offensichtlich durch neue Abkommen zementiert werden (unter Berücksichtigung neuer Mächte wie China, Angola, Südafrika, Kenia etc.)
- Afrika wird immer noch als Rohstofflieferant wahrgenommen:
 - Infrastruktur ging immer nur von Rohstofflagern zu Häfen und Flughäfen, und das hat sich bis heute nicht geändert
- EPAs wollen z.B. Exportsteuern verhindern oder wieder abschaffen, die in einigen Ländern eingeführt worden waren
- die EU-Wirtschaft ist sehr export-orientiert, Afrikas wachsende Bevölkerung/Mittelschicht ist als Absatzmarkt interessant, das wiederum zerstört aber die Märkte in afrikanischen Ländern
- diese Politik wird unter Druck durchgeführt: z.B. wird Entwicklungshilfe zurückgehalten, Marktzugänge in die EU werden verwehrt
 - die humanitäre Rhetorik wird jedoch aufrecht erhalten und funktioniert auch nach außen, so dass es sehr schwer ist, sich dazu eine kritische Meinung zu bilden

Elena:

- das Bild von Griechenland, das AktivistInnen liefern, die dort waren, ist negativ, weil sie von so viel Elend berichten, das die Troika über Griechenland gebracht hat
- möchte auch über Positives berichten, das diese Krise mit sich bringt
- ja, es gibt hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Sozialversicherung etc.
 - durch die öffentliche Berichterstattung haben die Menschen immer Zahlen und Statistiken im Hinterkopf
- doch hinter den Zahlen stehen Menschen und ihre Tragödien

- z.B. 1 Arbeitsloser bedeutet eine Familie mit wenig Geld, evtl. sogar Schulden
- seit 3 Jahren organisieren sich die Menschen in kleinen Netzwerken, um aus dieser Situation herauszukommen
 - es entstehen viele solidarische Strukturen in ganz Griechenland: Kliniken, Apotheken, Suppenküchen, Anwälte, Nachhilfe, Märkte ohne Zwischenhändler
 - alle machen freiwillig mit
- dabei ist interessant als Vorbild für andere Länder: es kommt von unten, Basisinitiativen, sie merken, dass sie nicht alleine handeln können, sondern es zusammen tun müssen
- auch in Griechenland war die Obrigkeitshörigkeit groß: die Menschen erwarteten von der Politik Lösungen für ihr Leben und ihre Probleme
 - die Menschen erfahren jetzt, dass sie sich selbst helfen müssen und können
- sie versuchen nicht nur, ihren Alltag zu verbessern, es ist auch eine Art Widerstand
 - es hat einen anderen Charakter als nur Philanthropie, es ist eine wichtige und große Erfahrung für die Menschen
 - dadurch öffnet sich der Raum für Diskussionen, die es so vorher noch nicht gegeben hat, z.B. wie neue ärztliche Behandlung stattfinden können, Diskussion über Medikamente
 - andere Strukturen beschäftigen sich mit Essen: wie wird es produziert, wie kann es verteilt werden, wie kann man die Ackerpolitik verbessern..?

Mag:

- es ist wichtig, nicht nur empört zu sein und zu rebellieren, sondern auch wichtig, wofür und wie wir kämpfen
- man hat gerne im Betrieb eine Gruppe, die aufmuckt, aber sie bekommt nie so viele Stimmen, dass sie machtvoll agieren könnte, zu Recht
- die Krise hat die Situation der Abhängigkeiten verstärkt
 - einerseits solidarisch sein, andererseits sich wie ein Tier verhalten, macht die Menschen krank
- wir sollten uns nicht über jede Empörung freuen, sondern fragen, welche Art von Empörung es ist
 - viele junge Spanier rebellierten nicht gg das kapitalistische System, sondern dagegen, dass sie sich flexibel und dynamisch verhalten hatten, und dann trotzdem keinen Job bekommen haben
- nur die Empörung, die mit dem Zwangssystem brechen will, bringt uns emanzipatorisch weiter

Boniface:

- Frontex ist eine Macht, die strukturell Armut verursacht und die Lebensgrundlagen zerstört z.B. von Kleinbauern und Fischern
 - Entwicklungshilfe leisten und gleichzeitig das Meer leerfischen ist eine perfide Strategie
 - und wenn sich diese armen Menschen auf den Weg machen auf der Suche nach anderen Perspektiven (nach Europa), werden die Grenzen dicht gemacht
 - der Mensch zählt in diesem System nicht: Waren werden durchgelassen, Menschen treffen auf eine Mauer
- der MigrantInnen-Anteil aus Afrika ist die kleinste Gruppe in Europa
 - afrikanische Migration spielt sich vor allem innerhalb Afrikas ab
 - die Bilder aus den Medien spiegeln eine falsche Wirklichkeit
- Europäer und Nord-Amerikaner beanspruchen für sich die Freiheit, sich anzusiedeln, wo sie wollen: „Wenn man Geld genug hat, geht man nach Namibia, weil da mehr Sonne ist. Aber der junge Afrikaner hat dieses Recht nicht.“
 - Teilung von Menschen in Kategorien
 - Europäer suchen sich qualifizierte Arbeitskräfte aus Afrika aus, so wie früher „die starken Sklaven mit guten Zähnen und Frauen mit schönen Brüsten“ ausgesucht wurden
 - gleichzeitig werden Millionen ausgegeben, um Menschen fernzuhalten, statt das Geld zu

nutzen, um sie zu unterstützen. „Das ist krank.“

Elena:

- die Situation in Griechenland ist nicht so, weil ein Feind von außen (Troika) gekommen ist, um etwas zu tun, das die griechische Bevölkerung nicht will
 - die griechischen Regierungen der letzten Jahre spielen eine große Rolle
 - sie waren schon lange in der Diskussion mit der Troika und haben deren Forderungen einfach übernommen
 - auch Vereinbarungen, die über die Forderungen der Troika hinausgingen, wurden umgesetzt
 - so entstanden katastrophale Gesetze ohne eine öffentliche Diskussion darüber
- die Partei Syriza hat keine Lösungen für alles, aber eine klare Vorstellung, wie ein anderes Europa, ein anderer Markt sein könnte, braucht aber die Unterstützung der Menschen von unten
- auch in ganz Europa braucht es solche Diskussionen, um die Bewegung aufrecht zu erhalten
 - es braucht linke Vernetzungstreffen

2. Runde:

Welche Ansatzpunkte gibt es für eine andere Politik, und welche Rolle können andere Länder dabei spielen, z.B. die BRICS-Staaten, Schwellenländer..?

Boniface:

- die Suche nach Alternativen beginnt mit dem Widerstand, ohne schon zu wissen, wie die Alternative aussieht
- EPAs gibt es in afrikanischen Ländern schon seit 10 Jahren
- damals waren afrikanische Länder in einer schwierigeren Situation als heute nach 20 Jahren Strukturanpassungsprogrammen
- die afrikanischen Regierungen haben es geschafft, die Verhandlungen und das Inkrafttreten der EPAs hinauszuzögern
- die Alternativen bestehen in *regionaler* Integration, nicht nach außen gucken, sondern lokale Potentiale nutzen
 - andere Kooperationen bilden, nicht mit Europa, sondern beispielsweise mit China. Man muss dann mit deren Interessen umgehen und lernt dabei Widerstand zu leisten gegen die alten „Partner“. Diese Möglichkeiten sind aber noch keine Alternativen zum Kapitalismus.

Was kann Griechenland dazu beitragen?

Elena:

Änderungen können nicht von außen kommen, sie müssen von innen wachsen. Produktion und Gewinn müssen anders verteilt werden.

Solidarisches Europa, gibt es das?

Mag:

Es gibt eine solidarische Grenze, nämlich wenn es um die Arbeitsplätze geht. Die Lösung liegt in der Ablehnung der Lohnabhängigkeit. Lohnabhängigkeit hält uns in der Bettlerrolle. Forderung nach bedingungslosem Grundeinkommen. Wert des einzelnen Menschen muss verändert werden (Manager gegen Pflegekraft)

Rohstoffabbauende Länder müssen belegen, wem sie was zahlen und wofür. Ist das hilfreich?

Boniface:

Afrikanische Organisationen befassen sich damit nicht, weil die Europäer ohnehin nur Neuerungen zulassen, an denen sie dennoch sehr gut verdienen. Sie unterlaufen alles mit Korruption. Afrikanische Länder müssen ihre Wirtschaftspolitik selbst bestimmen dürfen (Exportsteuer etc.) Das ist ansonsten überwiegend Verschleierungsstrategie.

Wie könnte ein solidarisches Europa aussehen, sowohl nach innen als auch nach außen?

Mag:

Maastricht-Verträge lassen kein solidarisches Europa zu. Wir bekommen Solidarität schon in kleinen Gruppen nicht hin. Die Gewerkschaften sind niemals bereit, etwas zu tun, was die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Landes schwächt. Solidarität geht nur, wenn wir uns auf uns alle(!) konzentrieren.

Boniface:

Kleine Schritte sind notwendig, Spielräume nutzen. Langfristig brauchen wir eine Veränderung der Kultur: Wie wollen wir leben? Das können wir nicht den Ökonomen überlassen. Was können wir voneinander lernen. Nicht bestimmen, wie die Welt zu sein hat, sondern in den jeweiligen Kontexten in Würde zusammen zu leben. Wir leben hier im Zentrum der Macht, deshalb müssen wir uns die entsprechenden Gedanken machen. Wir müssen uns auf die neuen Werte einstellen, wir brauchen auch Räume für Experimente. Änderungen kann man nur in dem Kontext vornehmen, in dem man lebt.

14 Uhr

Mittagspause

Protokoll: Ralf Liebers und Simone Ott

Werner Rügemer

ArbeitnehmerInnenrechte

Es heißt, es solle mehrere 100.000 Arbeitsplätze mehr geben auf beiden Kontinenten.
Über Qualität und arbeitsrechtlichen Status wird nichts gesagt.

Arbeitsplätze stehen auch nirgendwo auf der Verhandlungstagesordnung.

Die **ILO** (internat. Arbeiterorganisation), Institution seit 60 Jahren, was die UNO für die Menschenrechte ist, hat 180 menschen-arbeitsrechtliche Normen ausgearbeitet (davon 8 Kernarbeitsnormen).

Nationalstaaten erkennen diese Normen nicht automatisch an. Sie müssen vom Parlament beschlossen werden.

→ die Abschaffung der Zwangsarbeit als staatl Disziplinarmaßnahme, und die Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (als Soldaten, im Drogenhandel, Pornographie) sind die einzigen ILO-Kernnormen, die die bisher USA anerkannten

→ das blüht der EU durch TTIP evtl. auch

Beispiel NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zw. Kanada, USA und Mexiko)

- seit 1994: Verdreifachung des Handels, aber 1 Mio. Arbeitsplätze abgebaut,

- Produktionsauslagerungen aus den USA und Kanada nach Mexiko (Billiglöhne)

- amerikan. Nahrungsmittelsektor exportierte seine Produkte (Mais) nach Mexiko u. baute dort seine Produktionsstätten auf, so dass der Kleinbausektor in Mexiko einging

Die europäische **Troika** setzt ebenfalls Arbeitsrechte durch „Rettungsmaßnahmen“ außer Kraft

→ wenn sich EU und USA angleichen, kommt sicher nichts Gutes bei raus,

- Gewerkschaften sind leider noch untätig

- ArbeitnehmerInnen müssen in den Widerstand mit einbezogen werden

„**Aktion gg. Arbeitsunrecht**“, gestartet von Werner Rügemer, Aufruf gg TTIP kann unterzeichnet werden: www.arbeitsunrecht.de/ttip

CETA: Freihandelsabkommen zw. Kanada und EU läuft schon seit 2013, inkl.

Schiedsgerichtsbarkeit

→ USA könnte den Klageweg nutzen, wenn sie ein Tochterunternehmen in Kanada haben (alle wichtigen Konzerne haben Niederlassungen in Kanada), d.h. evtl. brauchen die USA TTIP gar nicht

- muss noch ratifiziert werden, noch nicht mal veröffentlicht, Verhandlungen abgeschlossen

Europ. Konzerne haben ein großes Interesse, niedriges Arbeitsrecht in den USA zu nutzen
Schon seit Jahren werden europ. Konzerne in die gewerkschaftsfreien Südstaaten verlagert u. produzieren dort für den Weltmarkt.

„Right to work“ gilt in 24 südl. USA-Staaten, EU möchte das auf alle Staaten ausdehnen

Warum tun die Gewerkschaften nichts?

Es gibt kritische Studien von ver.di und IGMetall, aber es gibt keinen Entschluss, die Verhandlungen zu stoppen.

Rügemer hofft, mit seiner Initiative, die Gewerkschaften anzustoßen, sich dem Widerstand anzuschließen

Thomas Fritz

Umwelt- und Verbraucherschutz

gesundheitsschutzrechtliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen sollen liberalisiert werden
Risikobewertungen und Zulassungsverfahren (Gentechnik etc.)

überflüssige und aufwändige Prüfungs- und Zertifizierungsverfahren sollen verringert werden

Kennzeichnungsvorschriften sollen verringert werden (Gentechnik, Zigarettenwarnhinweis)

Sperre gg Verbesserungen:

Nährwertampel von Foodwatch wäre Vereinfachung der bisherigen Kennzeichnungen könnte verhindert werden

Ausweitung der Etikettierung von GV Futtermitteln würde gestoppt

Kampagne gg das Vorsorgeprinzip

EU: wiss. Unsicherheit über das Risiko eines Produktes kann es verboten werden

USA: erst wenn ein Schadensfall eingetreten ist, u wiss. Nachweis über die Verursachung darf ein Produkt verboten werden (wissenschaftsbasiert, evidenzbasiert)

Bsp Asbest bis zum Verbot hat es 100 Jahre gedauert (auch nach wiss. Untersuchen hat es nach 50 Jahren gedauert): vorsorgeprinzip ist deshalb so wichtige

eigener Verband für Abschaffung des Vorsorgeprinzips: Usamerikan. Unternehmen mit europ. Unternehmen: evidenzbasierte Entscheidungsfindung soll bei Entscheidungen zugrundegelegt werden

GV-Kennzeichnung nur auf freiwilliger Basis (ASA)

Biotechnologiekonzernverband (BIO): Beschleunigung der Zulassungsverfahren für neue GVO-Produkte, keine zusätzliche Risikoberwertung bei „stacked events“ (Mehrfachmanipulationen) wenn einzelne Bestandteile geprüft wurden, sollen mehrfache nicht mehr geprüft werden Wechselwirkungen würden nicht untersucht

Wachstumshormone auf den europ. Markt bringen (Futterzusatz bei Schweinen und Rindern)

Pestizidgrenzwerte sollen abgesenkt werden od amerikan. Anerkannt werden

Behandlung mit Desinfektionsmitteln zulassen, Chlorbad (wg hoher Fließbandgeschwindigkeiten) Arbeitsverletzungen und -vergiftungen

Chemikalienpolitik: Abwärtswettbewerb

TSCA u REACH

gegenseitige Anerkennung kompatibler Regulierungen für Chemikalienkontrolle neuer Wirkstoffe bedürfen neuer Untersuchungen

hormonelle Schadstoffe (Bisphenol A) sollen nicht verboten werden, sondern Schwellenwerte eingeführt werden

USFRacking-Boom erlaubt Gasexporte zB nach Kanada und Mexiko (nach Übersee muss es verflüssigt werden, um es verschiffen zu können)

Lizenzen werden beantragt

Unabhängigkeit für Europa von russischem Gas zu minimieren

Chemikalien werden ins Gestein gepumpt, um Gasvorkommen zu extrahieren

Chem. Beeinträchtigen Grundwasser

Gaspreise in den USA könnten durch Export steigen
große Industrieunternehmen werden evtl Widerstand leisten
Moratorien gg Fracking in einigen Bundesstaaten o Gemeinden

tausende Probebohrungen über ganz USA verstreut (neg. Klima)
russ. Gas ist schlecht, aber das kleinere Übel

eu-parlament muss TTIP auch zustimmen (Wahlen)

USA können eigtl nur gewinnen bei TTIP,
Menschen können dort auch verlieren (Wasserprivatisierungen)
NGOs in den USA

BioLebensmittel
es soll biolog. Saatgut benutzt werden

es könnte auch eine Harmonisierung nach oben geben
Standards für Elektromobile, Arbeitsnormen unterzeichnen etc.
wäre ungewöhnlich für die bisherige Freihandelsabkommen
Umsetzung schärferer Standards in den Usa könnte zu Verbesserungen in den EU führen
auf Argument verzichten, weil die Nachteile überwiegend

Protokoll: Ralf Liebers und Simone Ott

Thomas Fritz

Umwelt- und Verbraucherschutz unter TTIP

Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen sollen liberalisiert werden, dazu gehören z.B. Risikobewertungen und Zulassungsverfahren (Gentechnik etc.)

Überflüssige und aufwändige Prüfungs- und Zertifizierungsverfahren sollen verringert werden

Kennzeichnungsvorschriften sollen verringert werden (Gentechnik, Zigarettenwarnhinweis)

Sperre gg Verbesserungen:

- Nährwertampel von Foodwatch wäre eine Vereinfachung der bisherigen Kennzeichnungen und könnte verhindert werden
- Ausweitung der Etikettierung von GV-Futtermitteln würde gestoppt

Kampagne gg. das Vorsorgeprinzip

-bisherige Handhabung in der EU: wissenschaftliche Unsicherheit über das Risiko eines Produktes kann zu dessen Verbot führen

bisherige Handhabung in den USA: erst wenn ein Schadensfall eingetreten ist, u. ein wissenschaftl. Nachweis über die Verursachung vorliegt, darf ein Produkt verboten werden

(„wissenschaftsbasiert“, „evidenzbasiert“)

→ Bsp. Asbest: bis zum Verbot hat es 100 Jahre gedauert (auch nach wissenschaftl.

Untersuchungen hat es noch 50 Jahre gedauert): „Vorsorgeprinzip“ ist deshalb so wichtig!

Neben TTIP existiert schon ein eigener **Verband, der sich für die Abschaffung des**

Vorsorgeprinzips einsetzt: US-amerikan. Unternehmen fordern gemeinsam mit europ.

Unternehmen, evidenzbasierte Entscheidungsfindung bei Entscheidungen zu Grunde zu legen

- GV-Kennzeichnung nur auf freiwilliger Basis (ASA)

- Biotechnologiekonzernverband (BIO):

→ Beschleunigung der Zulassungsverfahren für neue GVO-Produkte, keine zusätzliche Risikobewertung bei „stacked events“ (Mehrfachmanipulationen):

→ wenn einzelne Bestandteile geprüft wurden, sollen mehrfache nicht mehr geprüft werden

Wechselwirkungen würden nicht untersucht

Wachstumshormone sollen auf den europ. Markt zugelassen werden (Futterzusatz bei Schweinen und Rindern)

Pestizidgrenzwerte sollen abgesenkt werden oder amerikan. anerkannt werden

Behandlung mit Desinfektionsmitteln wie in den USA sollen zugelassen werden, Chlorbad (wg hoher Fließbandgeschwindigkeiten)

→ führt häufig zu Arbeitsverletzungen und -vergiftungen

Chemikalienpolitik: Abwärtswettlauf

TSCA und REACH

- gegenseitige Anerkennung kompatibler Regulierungen für Chemikalienkontrolle

→ nach EU-Recht bedürften neue Wirkstoffe neuer Untersuchungen

hormonelle Schadstoffe (Bisphenol A) sollen nicht verboten werden, sondern Schwellenwerte eingeführt werden

US-Fracking-Boom erlaubt Gasexporte z.B. nach Kanada und Mexiko

- tausende Probebohrungen über ganz USA verstreut (neg. Klima)
- Chemikalien werden ins Gestein gepumpt, um Gasvorkommen zu extrahieren
 - diese beeinträchtigen das Grundwasser
 - für einen Transport nach Übersee müsste es verflüssigt werden, um es verschiffen zu können
 - Lizenzen wurden schon beantragt
 - das würde die Abhängigkeit für Europa von russischem Gas minimieren (russ. Gas ist zwar keine gute Alternative, wäre aber das kleinere Übel)
 - Gaspreise in den USA könnten durch den Export nach Europa steigen
 - große Industrieunternehmen werden deshalb evtl. auch Widerstand leisten
 - bisher gibt es schon Moratorien gg. Fracking in einigen Bundesstaaten und Gemeinden

EU-Parlament muss TTIP auch zustimmen (→ Wahlen!)

Die US-amerikan. Regierung kann eigtl. nur gewinnen bei TTIP,
 → die Menschen können dort auch verlieren (z.B. Wasserprivatisierungen etc.)
 → auch NGOs in den USA kämpfen gg. TTIP

Theoretisch könnte es auch eine „**Harmonisierung nach oben**“ geben, also eine Angleichung an die jeweils höheren Standards, z.B. Standards für Elektromobile, Arbeitsnormen unterzeichnen etc.
 → Das wäre in der bisherigen Geschichte der Freihandelsabkommen aber sehr ungewöhnlich.

Auch die **Umsetzung schärferer Standards aus den USA** könnte zu Verbesserungen in der EU führen. Diese Möglichkeit ist aber so theoretisch, dass man auf dieses Argument besser verzichten sollte, weil die Nachteile überwiegen.

Protokoll: Simone Ott

TTIP-Fortbildung 2. Teil

Freihandel

Thomas Fritz

- Handelszölle sind gar nicht mehr Antriebskraft für TTIP
 - es geht eher darum, technische Normen anzugleichen (z.B. Blinker, Stecker)
 - auch im Bereich von Chemikalien, Gütern, Lebensmitteln
 - und natürlich um nicht-tarifäre Bereiche (Investitionsschutz)
- dazu werden allgemeine Standards für Handelsabkommen entwickelt:
 - Verfahren, um zu „Harmonisierungen“ zu kommen: Regulierungsrat
 - dies könnte evtl ein zweiter großer Streitpunkt werden neben ..?
 - ein Regulierungsrat soll aus Regierungs- und LobbyvertreterInnen bestehen, sie sollen im Vorfeld offizieller Verhandlungen gemeinsam an einem Tisch Regulierungsformulierungen entwerfen
 - er wird auch „Rat für die regulatorische Kohärenz“ genannt, wie soll man diese Kohärenz herstellen?
 - Ziel ist z.B. die gegenseitige Anerkennung von unterschiedlichen Gesetzen, Normen etc., ohne die Regulierungen des anderen angreifen zu wollen
 - der Preiswettbewerb bei niedrigeren Standards könnte allerdings langfristig zur allgemeinen Senkung der Standards führen
- Parlamente würden mit diesem Rat umgangen, erste Parlamentarier wehren sich dagegen
 - es heißt zwar im offiziellen Papier: „Verfahren über die Abstimmung (des Regulierungsrates) mit den Parlamenten sollen entworfen werden“, aber diese Formulierung ist doch sehr schwammig
- Zusammensetzung eines Regulierungsrates: Aufsichtsbehörden (z.B. EFSA, Bundesaufsicht des Finanzsektors, mit Industrievertretern, Bundesnetzagentur, ministerielle Ebene (europ. Kommission), Vertreter d Handelsministeriums d. USA
 - der Rat ist nicht *ein* Gremium, sondern setzt sich je nach Thema aus anderen Fachleuten zusammen
- aktuelle *und* zukünftige Gesetzesvorhaben und Regulierungen sollen verhandelbar sein im Regulierungsrat

Exkurs „Schiedsgerichte“:

- Legitimität der Schiedsgerichte: völkerrechtliche Legitimität durch Ratifizierung der Bundesregierung mit anderen Staaten
- Broschüre zum Nachlesen: „TTIP: Die Kapitulation der Politik vor den Konzernen“, Thomas Fritz
 - schon seit 60 Jahren gibt es bei der Weltbank ein solches Schiedsgericht

Protokoll: Simone Ott

Teilnehmer ca. 65 Attacies

1. Schwerpunktdebatte

Thomas Eberhardt-Köster trägt vor
(siehe Text von Thomas)

„Schwerpunktfindung für 2015 // Bericht für den Frühjahrsratschlag 2014“

2. Fazit

Georg weist auf zahlreiche Aktionen im Mai hin, zu finden auf der Attac-Website

Simone Ott zieht kurzes Fazit zum Ratschlag.

Alles hat insgesamt gut geklappt, die Angebote wurden gut angenommen, sowohl Weiterbildung als auch Workshops.

3. Jahresabschluss 2013

Georg Frigger trägt den Bericht der Finanz-AG vor. Bericht in der Anlage. (folgt noch)
Keine Rückfragen.

4. Vorschläge

Vorbemerkung:

Bei einigen **Vorschlägen** handelt es sich nur um **Anregungen**, die keinen Beschluss nach sich ziehen, sondern nur ein Stimmungsbild.

4.1 Ad-hoc-AG G7/8

Es wird schon viel in dieser Richtung diskutiert.

Ein Vorschlag liegt nicht vor und wird jetzt als nicht sinnvoll erachtet.

Die Gründung einer Ad-hoc-PG wird begrüßt.

4.2 Anregung zu Hearing zu TTIP und CETA

Günter Sölken erläutert die Anregung.

Positive Resonanz.

4.3 AG offener Diskurs

Vorschlag wurde völlig neu formuliert, externe Expertenkommission wird gefordert, Peter Grottian trägt den neuen Entwurf vor:

„Angesichts der auch auf dem Ratschlag sichtbaren mangelnden Entwicklung von Visionen und Mobilisierungsmangel, fordern wir den KoKreis auf, eine externe Evaluierungsgruppe einzusetzen. Die Kommission soll den Anspruch von Attac und die Geschichte untersuchen und Vorschläge erarbeiten, wie ein neuer Lernprozess gestaltet werden kann. Dazu gehört die Analyse der Programmatik und Organisationsstruktur. Wir fordern den KoKreis auf, Persönlichkeiten zu berufen, die sympathisch mit Attac verbunden sind, aber auch eine kritische Distanz zu Attac haben.“

Solche Persönlichkeiten könnten sein: Alex Demirovics, Thomas Fritz, Dieter Rucht, Uli Brand, Wolfgang Härtle, Daniela Dahn, Heike Walk.“

Gegenreden und Befürwortungen.

Der Ratschlag bittet die Vorschlagsteller, die Sache selbst in die Hand zu nehmen und eine entsprechende Untersuchung/Begutachtung durchzuführen. Dies wird wie folgt formuliert:

„Die namentlich benannten Antragsteller werden gebeten, im Sinne ihres Antrages Menschen anzusprechen. Die Ergebnisse ihrer Bemühungen werden Anfang Juni vorgestellt. Der nächste Rat befasst sich dann damit.“

Ohne Veto angenommen.

4.4 Unterstützung BUKO 36

Mike Nagler trägt vor. (siehe Anlage / Reader)

Ohne Veto angenommen.

4.5 Vorschläge zur Struktur der Ratschläge

Änderung zum Vorschlag:

(wird noch vorgelegt, wurde mit Beamer allen vorgeführt)

Bildung einer Ad-hoc-AG wird begrüßt.

Ohne Veto angenommen

4.6 Anregung zu Tribunal Troika

Gert Bock trägt vor.

Vorschlag wird voraussichtlich zum Herbstratschlag vorgelegt.

Positives Meinungsbild bei einer Gegenstimme.

4.7 Vorschlag zu Finanzantrag

Vorschlagsteller ist nicht anwesend.

Gegenrede: nicht mit AG abgestimmt, sachlich nicht fundiert.

4.8 Vorschlag zu Steuerfinanzierung einer Bürgerversicherung

Vorschlagsteller ist nicht anwesend.

AG lehnt den Vorschlag aus sachlichen Gründen ab.

Vorschlagsteller wird auf Zusammenarbeit mit AG verwiesen.